

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgade Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 20 Pfg. durch den Herumträger.
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Nr. 256.

Sonnabend den 30. Dezember.

1893.

Der bevorstehende Quartalswechsel

gibt uns wiederum Veranlassung, diejenigen Leser des

Merseburger Correspondenten, welche das Blatt durch die Post beziehen, an die rechtzeitige Erneuerung ihrer Bestellung möglichst zu erinnern. Eine unliebsame Unterbrechung in der Zusendung des Blattes ist nur dann zu vermeiden, wenn die kaiserliche Post umgehend benachrichtigt und der Quartalsbetrag in Höhe von 1 Mk. 25 Pfg. (ohne Bestellgeld) bei derselben oder den Postboten eingezahlt wird. Allen übrigen geehrten Abonnenten liefern wir den Correspondenten durch die Herumträger oder unsere Ausgabestellen auch ohne besondere Bestellung zu den bekannten Preisen von 1 Mk. und 1 Mk. 20 Pfg. weiter, falls eine Aenderung nicht ausdrücklich gewünscht wird. Zu recht zahlreicher Beteiligung laden wir hiernüt ergebenst ein und bemerken, daß sämtliche Kaiserl. Postanstalten und Postboten, sowie unsere Austräger und Abholstellen zur Entgegennahme neuer Bestellungen gern bereit sind.
Hochachtungsvoll

Expedition und Redaction.

Landwirthschaftskammern.

Die vor zwei Jahren durch den landwirthschaftlichen Centralverein der Provinz Sachsen angeregte Bildung von Landwirthschaftskammern an Stelle des bisherigen landwirthschaftlichen Vereinswesens ist in ein neues Stadium eingetreten. Der sächsische Antrag lief auf eine Zwangsorganisation hinaus, der alle Landwirthe des Bezirks, für welchen die Kammer eingerichtet ist, angehören sollen und der auch das Vorkaufsrecht in einem gesetzlich festzustellenden Umfange eingeräumt werden soll. Der Antrag ist schon in einer von dem Landesökonomie-Collegium im Jahre 1891 gewählten Commission wesentlich abgeändert worden und das Landesökonomie-Collegium hat in der Session von 1892 die obligatorische Bildung von Landwirthschaftskammern abgelehnt; dagegen mit 18 gegen 8 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: „Es ist dringend wünschenswerth, daß im Wege der Gesetzgebung die Möglichkeit eröffnet werde, den landwirthschaftlichen Centralvereinen auf ihren Antrag eine Organisation und Zuständigkeit, ähnlich derjenigen der Handelskammern zu verleihen.“ Darnach wären also die bestehenden landwirthschaftlichen Vereine in der Lage, selbst darüber zu entscheiden, ob sie eine schablonenmäßige, bürokratische Organisation an die Stelle der letzten freiwilligen Vereinsbildung treten lassen wollen oder nicht. In den Gutachten, welche auf Veranlassung des landwirthschaftlichen Ministers erlattet worden sind, haben von den 16 preussischen Centralvereinen nur sehr wenige den Vorschlag des sächsischen Centralvereins befürwortet und auch von diesen waren erhebliche Vorbehalte gemacht. Die Generalversammlung des ostpreussischen Centralvereins lehnte den sächsischen Antrag einstimmig ab. Von den Kreis- und Zweigvereinen des Centralvereins für Litauen und Masurien nahm nur ein einziger eine abwartende Haltung ein. Auch der Centralverein westpreussischer Landwirthe sprach sich durchweg gegen den Antrag aus. Im ostpreussischen Centralverein erklärte Justizrath Reich-Meyten: „Ich fürchte, wir legen die Art an unsern guten, schönen Vereinswesen, Wir geben etwas Gutes ab und empfangen wahrscheinlich etwas, das schlechter ist. Mindestens hätte

ich es für einen Sprung in's Dunkle. Man muß eben, wenn man etwas Gutes hat, dieses nicht fortwerfen und nach einem andern greifen, sondern man wäge dieses Gutes die Gelegenheit geben, sich nach seiner Individualität noch höher zu entwickeln. Damit erreicht man mehr, als wenn man einen Umsturz der Verhältnisse herbeiführt.“ In demselben Sinne wurde in dem Centralverein für Litauen und Masurien erklärt: „Zwangsgenossenschaften würden die Vereine nicht beleben, sondern die freie Vereinthätigkeit gänzlich lahm legen.“ Bei dieser Sachlage wäre ein Gesetz, welches den landwirthschaftlichen Vereinen freie Hand ließe, ein Schlag in's Wasser gewesen und so war es selbstverständlich, daß die Regierung auf den Beschluß des Landesökonomie-Collegiums nicht reagierte. Um so mehr mußte es überraschen, daß der landwirthschaftliche Minister v. Seyditz im October d. J. bei der Feier des 50-jährigen Jubiläums des sächsischen Centralvereins in Halle in einer Ansprache erklärte: „Ob es Ihrem Verein in seiner letzten Versammlung vorgedacht sein wird, nach weiteren 50 Jahren wieder ein herartiges Fest zu feiern, möchte ich bezweifeln. Aus Ihrer eigenen Mitte ist die Anregung hervorgegangen, den Weg zu ebnen, damit Ihr Verein den stetig sich steigenden Ansprüchen entsprechend sich selber organisiren und auf eine gesicherte Basis stellen könne. Die vorbereiteten Schritte hierzu sind im Gange und ich bin nicht zweifelhaft, daß diese zu einem Sie befriedigenden Resultat führen werden.“ Noch deutlicher hat sich Finanzminister Dr. Meißner in diesen Tagen — nach einem Bericht der „Deutschen Warte“ — über die Absichten der Regierung erklärt: „Die landwirthschaftlichen Vereine, sagte er, seien sich aus freiwilliger Theilnahme zusammen und Niemand kann behaupten, daß sie wirklich die Landwirthschaft vertreten. Eine organisirte landwirthschaftliche Interessenvertretung muß alle landwirthschaftlichen Kreise umfassen und namentlich eine Vereinigung der Interessen des Groß- und Kleingrundbesitzes (1) herbeiführen. Erst wenn diese Organisation hergestellt sein wird, kann an eine weitere Auszubildung des Agrarrechts gedacht werden. Die Aufgaben derselben können jetzt noch nicht spezialisirt werden; u. a. wird die Regelung der landwirthschaftlichen Kreditverhältnisse, des Real- sowohl wie des Personalrechts eine der wesentlichsten Aufgaben des Agrarrechts sein.“ Die Regierung will also dem Landtage demnächst einen Gesetzentwurf wegen zwangsweiser Bildung von Landwirthschaftskammern an Stelle des bisherigen Vereinswesens vorlegen — trotz des ablehnenden Beschlusses des Landesökonomie-Collegiums, welches, nach der Organisation von 1878 aus Delegirten der landwirthschaftlichen Centralvereine bestehend, als Beirat des landwirthschaftlichen Ministers fungiren soll. Wenn es sich nur darum handelte, dem Bund der Landwirthe den Barm abzugraben — die Landwirthe werden schwerlich Neigung haben, neben den Beiträgen zu den Ausgaben der Landwirthschaftskammern in Höhe von 5 Prozent der Grundsteuer den gleichen Beitrag an den Bund der Landwirthe, im Ganzen also 10 Prozent der Grundsteuer für die „Kammern“ Vertretung ihrer Interessen zu zahlen — so wäre der Vorschlag thierabel. Aber die erste Wirkung der neuen Zwangsorganisationen, die die staatliche Anerkennung durch Unterwerfung unter die Kontrolle der Regierung erlangen müssen, wird die Vernichtung des auf der Grundlage der Freiwilligkeit beruhenden, blühenden Vereinswesens sein.

Der Bericht der Börsenquetcocommission.

Die „Kreuzzeitung“ drohte in ihrer 37. Nummer dem Reichskanzler damit, daß die Haltung gewisser Kreise in allem, was Börsenfragen angeht — eine Haltung, die nachgerade das „tiefe Misstrauen“ zu verheißerigen begonne, welches sich leider aller Kreise des Volkes bemächtigt hat — im Reichstage gründlich erörtert werde, „damit die Bevölkerung weiß, woran sie ist und wo die „Wäter aller Hindernisse“ stecken.“ An-

genüßigt wurde diese Drohung an die Thatsache, daß der Bericht der Commission für die Börsenquete nach offizieller Angabe schon seit Wochen in den Händen der Regierung sich befinde, bisher aber noch nicht veröffentlicht sei, obgleich die Commission des Reichstages für das Börsenquerquet, welche am 11. Januar ihre Arbeiten beginnen soll, die Mittheilung des Berichts dringend gewünscht habe. Inzwischen veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ am Donnerstag Abend den vollständigen Bericht der Commission, der nicht weniger als acht Druckbogen ausfällt. Die sehr umfangreichen Vorschläge der Commission betreffen 1) die rechtliche Stellung und Organisation der Börse; 2) das Commissionswesen und die Zulassung von Papieren zum Handel und zur Notiz; 3) den Terminhandel; 4) Notarwesen und Kursfeststellung und 5) Commissionsgeschäfte. Bisher nicht bekannt ist der Beschluß der Commission, eine Reihe von Strafbestimmungen gegen das Börsenspiel zu beantragen. Die erste derselben droht mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark demjenigen, „wer in gewinnfähiger Absicht unter Verletzung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Andern denselben in Bezug auf Börsenpapiere zum Abschluß von Geschäften, welche nicht zum Gewerbebetriebe desselben gehören, verleitet, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß der Umfang der Geschäfte die wirthschaftliche Existenz des Verleiteten gefährdet.“ Wird die Verleitung gewohnheitsmäßig betrieben, so tritt Gefängnis nicht unter 1 Monat und Geldstrafe bis zu 20 000 Mark ein. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ein entgegen obiger Bestimmung abgeschlossenes Geschäft begründet keine Ansprüche. Das auf Grund des Geschäfts geleistete kann binnen zwei Jahren zurückgefordert werden. Ferner wird vorgeschlagen: „Gegen Differenzanprüche aus Zeitgeschäften über Börsenpapiere sowie aus börsenmäßigen Termingeschäften über Waaren kann ein Einspruch nicht darauf gegründet werden, daß die Erfüllung durch Lieferung der Papiere oder Waaren von den Vertragsschließenden ausgeschlossen worden sei.“ Endlich ersehen es der Mehrheit der Commission zweckmäßig, daß seitens der Landespolizeibehörden den Staatsanwälten besonders eingehaftet werde, behufs Verfolgung des Differenzhandels bei nachfolgender Zahlungseinstellung den Concursfällen besondere Aufmerksamkeit zuwenden und für die Erlangung der Kenntnis von Fällen wirthschaftlichen Ruins infolge von Differenzhandel thätigste Sorge zu tragen u. s. w.

Politische Uebersicht.

In der österreichischen Kaiserfamilie scheinen neuerdings recht unliebsame Zwischenfälle sich ereignet zu haben. Wie man der „Köln. Ztg.“ aus Pest schreibt, erhält sich bezüglich der leshin gemeldeten Selbstverwundung des Erzherzogs Otto in der Bevölkerung mit wachsender Bestimmtheit das Gerücht, daß der Prinz einen Selbstmord versucht habe. Die lange Reise, die der kaum wieder hergestellte Erzherzog nach Ägypten unternommen soll, gilt als zeitweilige Verbannung. Es sei ein offenes Geheimniß, daß die Czarenichthäten des zweiten Sohnes des Erzherzogs Karl Ludwig seiner kaiserlichen Heilm auf peinlichste berührt und zu strenger Abndung veranlaßt haben. Man spricht von sehr drastischen Familienesen in Folge der auch im Reichskreise einmal zur Erwähnung gelangten Aufführung des Prinzen. Nur mit großer Mühe ist dessen Gattin, eine sächsische Prinzessin, von der beabsichtigten Scheidung zurückgehalten worden. Sie hat sich dann sehr eng an die Kronprinzessin-Witwe Erzherzogin Elisabeth angeschlossen. Bezüglich letzterer will man wissen, daß ihre von Kaiser Franz Joseph gewünschte Wiederberathung mit dem ältesten Sohne des Erzherzogs Karl Ludwig, dem von seiner Beirtheif vor kurzem heimgekehrten, muthmaßlichen Thronfolger, nun doch

erfolgen soll, nachdem Erzherzogin Stephanie sich lange ablehnend gegen diese Verbindung verhalten hatte.

Der russische Justizminister Manassein beabsichtigt gutem Vernehmen nach seine Demission zu nehmen. Zum Nachfolger Manasseins soll der Reichssecretär Muranow und zum Reichssecretär der Adjunkt des Ministers des Innern, v. Plehwe, ausersucht sein.

In Frankreich ist die Polizei den Anarchisten scharf auf den Fersen. In Paris sind während der Weihnachtsfeierlage die Anarchisten Bouget, Coran, Duberau, Kouffel, Vogt und Thiebaut verhaftet worden und Durand haben mit dem kürzlich in Orleans verhafteten Anarchisten Roulier in Briefwechsel gestanden. Bei den bei der Mutter des Anarchisten Collas vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche wichtige Schriftstücke beschlagnahmt, welche betreffen, daß die Frau Collas mit der Anarchistenbande in Orleans in enger Verbindung stand. — Der Prozeß wegen des Blutbades von Nîmes-Mortes hat am Mittwoch vor dem Schwurgericht zu Angoulême begonnen. Verhandelt wird gegen sieben Angeklagte, darunter einen Italiener, die von dreizehn Anwälten verteidigt werden. Siebzig Zeugen sind geladen. — Der italienische Generalconsul von Marseille, Durando, kättete dem Präsidenten einen Besuch ab, wobei er demselben erklärte, er wolle dem Prozeße bei, um sich zu vergewissern, daß sich die italienischen Arbeiter nicht gegen die Pflichten, welche ihnen die französische Gastfreundschaft auferlegt habe, vergangen hätten. Jede andere Auslegung seiner Anwesenheit beim Prozeße wäre falsch.

Bezüglich des Finanzprogramms des neuen italienischen Finanzministers heißt die „Tribuna“ mit, Somino beabsichtigt die Grundsteuer um 1/10 zu erhöhen und die schwebende Schuld in eine fundierte umzuwandeln. — Die letzten Unruhen auf Sizilien stellen sich nach den nunmehr vorliegenden eingehenden Berichten als ungewöhnlich ernst heraus. In Val Guarnera, Provinz Caltanissetta zerschritten die Aufständischen die Telegraphendrähte, um die Herbeiführung der Truppen zu hindern. Sie verbrannten und verbrannten das Stadhans, das Polizeigebäude, das Schulhaus und das Casino, plünderten verschiedene Behausungen wohlhabender Bürger, erbrachen sodann das Gefängnis und befreiten die Insassen. Beim Zusammenstoß mit den dort stationierten wenigen Carabinieri und Soldaten soll Blut geflossen sein. In Lerara, Provinz Palermo, mußten der Unterpäsident, der Bürgermeister und andere Notabeln sich aus den Hinterhäusern des Stadthauses retten, das die Volksmasse erklimmen wollte. Auch in Uffaro wurden am ersten Weihnachtsstage die öffentlichen Gebäude und einige Privatloale verwüstet, die Asten verbrannt und die Gefangenen gewaltsam befreit, sowie Wohnungen geplündert. In Terracina sind die Steuerbeamten verjagt, die Steuerloale angezündet; überall ist Erbitterung über den Gemeindesteuererwerb die Hauptursache. Der Aufstand richtet sich gegen die Localverwaltung, nicht gegen die Staatsgewalt. Inzwischen ist in Val Guarnera die Ruhe wieder hergestellt. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen worden, auch hat man die Befestigung von Val Guarnera verstärkt. — Ministerpräsident Crispi verfaßt in dieser ersten Lage noch im gütlichen zu vermitteln. In einem telegraphischen Circular an die Präsidenten von Sizilien empfiehlt Crispi die Maires aufzufordern, auf eine gerechtere Verteilung der Gemeindesteuern bedacht zu sein, und dafür zu sorgen, daß die Bezahlungssteuer ohne Uebertreibung der fiskalischen Maßnahmen erhoben würde. Hoffentlich sind Crispi's Bemühungen, den Unruhen ohne eine militärische Aktion ein Ende zu machen, von Erfolg begleitet. Daß aber die Regierung auch mit der Eventualität militärischen Einschreitens rechnet, geht aus der Meldung hervor, daß die in Sizilien garnisonierten Truppen durch andere abgelöst werden sollen. General Morra di Lavriano ist zum Commandanten des XII. Armeecorps in Palermo ernannt worden.

Die anarchistischen Verbände werden nunmehr bald ihre Sähe erhalten. Ein besonders wichtiger Gang ist der spanischen Polizei in Barcelona gelungen. Die dort verhafteten Anarchisten, namentlich ein gewisser Cobina, haben umfassende Bekandnisse abgelegt. Cobina hat eingestanden, daß er die Bombe geschleudert habe, die in dem Theater von Barcelona so viele Opfer forterte. Auch die Miturheber des nichtwärtigen Anschlages wurden entdeckt, man hat ferner in Erfahrung gebracht, wer die Bomben konstruiert hat. Eine davon wurde am 24. September auf der Großen Straße von Pallas gegen Martinez Campos geschleudert, eine zweite explodirte im Liceo-Theater und eine dritte fand man unter den Sitzbänken des Theaters. Der Anarchist Straßol hat eingestanden, die gegen den General Martinez Campos und in dem Teatro Liceo verübten Dinstomben angestiftet zu haben. Der von Frankreich aufgeflossene Anarchist Ruggier ist

in die Festung Montjuich bei Barcelona abgeführt worden. Die gleichfalls in Haft befindlichen Anarchisten Bernat, Civarol und Ceruelo haben ihre Theilnahme an dem Attentat im Teatro del Liceo eingestanden. Eine weitere Folge der Bekandnisse der verhafteten Anarchisten war die Entdeckung eines anarchistischen Laboratoriums in der Nähe von Barcelona. Die Polizei fand in der Nähe des Bororts Gracia am Abhang eines Berges eine geräumige Höhle, zu der ein schmaler, 500 Meter langer Gang führte. In derselben entdeckte die mit Fackeln versehenen Polizisten ein vollständiges anarchistisches Laboratorium. — Die spanische Regierung beabsichtigt, 87 von den in Barcelona verhafteten Anarchisten nach der westafrikanischen Insel Fernando Po zu deportieren. Zu diesem Zwecke sind bereits eine Anzahl der Verhafteten aus dem Festungsgefängnis von Montjuich auf den Kreuzer „Navarra“ übergeführt worden. — Gleichzeitig hat in Madrid der erste Prozeß begonnen gegen die Anarchisten, welche wegen des im vergangenen Jahre unternommenen Versuchs, die Deputirtenkammer in die Luft zu sprengen, angeklagt sind. Zwei der Angeklagten, ein Franzose und ein Spanier, behaupteten, daß der dritte Angeklagte ein Agent provocateur sei, deren Zusammenfassung ihnen nichts bekannt sei, gekauft habe.

Fürk Ferdinand von Bulgarien ist an Bronchitis erkrankt und muß einige Tage das Zimmer hüten. — Die bulgarische Sobranje nahm durch Affirmation die Anträge der Regierung an, durch welche der Wittve und den Kindern des Grafen Gartenau eine Jahrespension von 40 000 Francs gewährt wird. Der Schluß der Session findet am Dienstag statt. — Zur Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Prinzen Alexander von Battenberg wurde der „Swoboda“ zufolge beschlossene, eine bulgarische Nationalsubscription zu eröffnen. Die Regierung verpflichtete sich, in jeder Stadt Comites zur Entgegennahme der Beiträge einzusetzen. Das Denmal — ein Reiterstandbild — würde vor dem Palais in Sofia auf dem Alexanderplatz errichtet werden.

Aus Maroffo wird gemeldet: Der Bruder des Sultans, Araf, lieserte an den Marschall Martinez Campos die hervorragenden Hauptlinge der Kiffabulen aus. Martinez Campos, welcher der Ansicht ist, daß der Sultan selbst die Hauptlinge bestrafen solle, schickte dieselben nach Tanger.

Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massauah, der in Ruft eingeflossene italienische Oberst Arimondi erhielt die Nachricht, daß die Dervische in vollständiger Unordnung den Rückzug angetreten haben. Die italienischen Truppen, welche die Dervische verfolgten, erhielten den Befehl, nach Agordat zurückzuführen. Uebrigens ist nach näheren Nachrichten der Sieg der Italiener keineswegs ein letzter gewesen und eine Zeit lang war die Entscheidung sehr zweifelhaft.

In dem brasilianischen Bürgerkrieg scheint nunmehr die Entscheidung gefallen zu sein. Der Vertreter der associirten Presse in Bernambuco hat nach New-York gemeldet, dort seien Nachrichten eingetroffen, daß Admiral Mello Rio de Janeiro eingenommen habe. Peizoto sei gefangen genommen worden und habe zu Sankten Mellos abgedankt. Derselbe Nachricht ist auch dem Staatsdepartement in Washington zugegangen.

Der Matabelkrieg in Südafrika sieht man in England als vollständig beendet an. Nach Londoner Meldungen aus Kapstadt berichtet der auf der Rückreise dahin begriffene Ministerpräsident Rhodes aus Palapye vom 25. Dezember, die Matabel seien gänzlich unterjocht; Lobengula sei geflüchtet, ohne Absicht zurückzukehren.

Deutschland.

Berlin, 29. Dez. Der Kaiser begab sich am Sonntag anlässlich des hundertjährigen Vermählungstages des Königs Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise nach dem Mausoleum in Charlottenburg, wo er Kränze niederlegte. Am ersten Feiertag fand größere Festfeier im Neuen Palais statt. Am Dienstag Vormittag empfing der Kaiser die als Deputation zur Ueberreichung des Feldmarschallsstabes an den Erzherzog Albrecht von Oesterreich nach Wien abgehenden Offiziere, den kommandierenden General des 8. Armeecorps, Generaloberst Fehr. v. Los, die Generale v. Pleßsen und v. Langensiefel und den Flügeladjutanten v. Rolke. Später wurde der Kommandeur der 4. Garde-Kavallerie-Brigade, Fehr. v. Biffing, vor seiner Abreise nach Konstantinopel empfangen. Mittwoch Vormittag fand eine Jagd auf Fasanen und Hasen in der Umgebung des Neuen Palais statt. Am Donnerstag Vormittag empfing der Kaiser den Reichsgraf Graf Caprioli und darauf den Finanzminister Dr. Miquel und den Unterrichtsminister Dr. Hoffe. Später die Beiträge des Kriegsministers Bronsart v. Schellendorff

und des Chefs des Militärkabinetts General vom Jahnh. — Das Kaiserpaar wird vom Neuen Palais erst im künftigen Jahre, und zwar zwischen dem Neujahrsempfang bei Hofe und dem Krönungs- und Ordensfest nach Berlin übersiedeln, nach dem Hofbericht am 17. Januar.

(Die kommandierenden Generale der deutschen Armee) werden, wie schon bekannt, zu Neujahr beim Kaiser erscheinen; es dürfte jedoch Prinz Arnulf, der kommandierende General des ersten bayerischen Corps, nicht nach Berlin kommen und zu seiner Stellvertretung den Generalleutnant von Berg schicken. Auch Prinz Leopold, von dessen Erscheinen wiederholt die Rede war, dürfte nicht nach Berlin kommen.

(Handelsvertrag mit Russland.) Bei den am 3. Januar l. J. wieder beginnenden Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Russland handelt es sich u. a. um die Forderung Deutschlands, daß der Vertrag bis zum 1. Januar 1904 abgeschlossen werde, also gleichzeitig mit dem Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn u. s. w. außer Kraft trete. Die russische Regierung scheint bisher nicht geneigt, sich auf dem handelspolitischen Gebiete für so lange Zeit die Hände zu binden.

(Ueber die innere Lage) bezogen wir in einer Berliner Correspondenz der „Köln. Volksztg.“ nachfolgenden Ausführungen, welche wir in der Hauptsache für zutreffend halten. Es heißt darin, wenn der Kaiser sich entschieden auf die Seite des Reichskaislers stellt und z. B. nur die Aussicht vorhanden wäre, daß die frohobirenden konservativen Beamten abgesetzt würden, so dürfte das schon genügen, um die Konservativen zu Kreuze kriechen zu machen. Der Kaiser will keinen Bruch mit der konservativen Partei, will aber auch die Durchführung der Handelsverträge politisch. Wenn sich nur herausstellen sollte, daß Beides unvereinbar ist, so würde es sich darum handeln, ob sich der Kaiser dafür entscheiden, die konservative Partei oder die Handelsverträge-Politik zu opfern. Es hat den Anschein, als ob der Kaiser in dieser Beziehung noch keinen Entschluß gefaßt hat. Sobald er Mene macht, gegen die Konservativen vorzugehen, und vielleicht ein liberales Ministerium zu ernennen, werden nach allgemeiner Annahme die Konservativen einzuweichen. Wenn er aber die Unterstützung der Konservativen für wichtiger hält, als die Durchführung der Handelsverträge-Politik, fällt Graf Caprioli und mit ihm Herr v. Marschall.“ Man habe bisher geglaubt, daß der Kaiser noch schwankte. Sicher sei, daß von den verschiedenen Seiten auf ihn einzuwirken versucht wurde, und daß zu dem Segner Caprioli auch mehrere Minister gehören.

(Der Termin für das Inkrafttreten des Handelsvertrags) mit Serbien ist, wie offiziell mitgeteilt wird, auf den 1. Januar l. J. festgesetzt. Der Vertrag mit Rumänien, der unlängst der rumänischen Kammer vorgelegt wurde, tritt, die Genehmigung vorausgesetzt, ebenfalls am 1. Januar l. J. in Kraft. Nur über das Inkrafttreten des deutsch-spanischen Vertrags, zu dessen Beratung die Cortes erst im Januar zusammenzutreten, verlautet noch nichts, obgleich die provisorische Vereinbarung, wodurch beide Contractanten sich gegenseitig die Behandlung auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation zusichern, am 31. Dez. d. J. außer Kraft tritt. Der „Samb. Corr.“ ist der Ansicht, der einzige Ausweg aus dieser Sachlage bestehe darin, daß der Bundesrath den deutschen Conventionalarist Spanien gegenüber abermals, etwa bis Ende Januar l. J. verlängert; er könne dies um so eher, als ja der Reichstag den neuen Vertrag bereits genehmigt hat und schon aus diesem Grunde gegen eine Verlängerung des Provisoriums kein Bedenken vorliegt. Die Entscheidung müsse aber bald erfolgen, sonst trete eine Störung im Handel ein. Das Wesen, welches den Bundesrath zur provisorischen Genährung des Conventionalarists ermächtigte, tritt am 31. Dez. ebenfalls außer Kraft. Der Bundesrath müßte also ohne gesetzliche Vollmacht vorgehen. Das einzige Brauend für ein solches Vorgehen bietet die deutsch-österreichische Vereinbarung vom Ende 1879, auf Grund deren der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn provisorisch für 6 Monate lediglich auf administrativem Wege verlängert wurde, nachdem die Verhandlungen sich so lange hinausgezogen hätten, daß es unmöglich wurde, die Zustimmung des Reichstags einzuholen. Im vorliegenden Falle aber ist die Lage am 1. Jan. l. J. genau dieselbe, wie zur Zeit der Verlängerung des Reichstags am 15. d. M. Schon damals fand fest, daß die Cortes den Vertrag vor dem Ablauf des Provisoriums (31. Dez.) nicht gutheißen würden. Wenn die Reichsregierung gleichwohl darauf verzichtete, im Reichstage eine kurze Verlängerung des Provisoriums zu beantragen, so giebt es dafür nur die Erklärung, daß sie in dem mit dem 1. Jan. l. J. eintretenden Abbruch der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Spanien ein Pressionsmittel sieht, welches den Cortes die Zustimmung zu dem Vertrage vom 6. Juli d. J. erleichtern werde.

Hallesche Kleiderfabrik,

Merseburg, Hofmarkt 6.

Um mit dem noch großen Warenlager so schnell als möglich zu räumen, verkaufe zu

Original-Fabrikpreisen,

billiger als jede Concurrenz,

Herren-Jacket- und Rock-Anzüge, Jacketts, Joppen, Hosen, Westen, Paletots, Hohenzollernmäntel und Schlafröcke,
ferner **Burschen- und Knaben-Anzüge, sowie Paletots mit und ohne Argen.**

Besondere Gelegenheit.

Sachen, die durch Ausstellen in meinen Schaufenstern unwerthlich gelitten, verkaufe, um damit zu räumen, für die Hälfte des Preises.

Anfertigung nach Maass.

Sonntag den 31. d. M. bleibt mein Geschäft bis abends 7 Uhr geöffnet.

Hallesche Kleiderfabrik (Zuh.: M. Goldstein.)

Heinr. Schultze jun.,

Merseburg,

18 kleine Ritterstrasse 18,

Special-Geschäft für

Cigarren, Cigaretten und Tabak.

Grosse Auswahl!
Reell mässige Preise!

Sie Husten nicht mehr bei Gebrauch von

Kaiser's Brust-Caramellen,

wohlschmeckend und sofort wirkend bei Husten, Keuchhusten, Brust- und Lungenentzündung.

Echt in Pack. a 25 Pf. bei Otto Glasse, Schmelestr., F. W. Fänger, Neumarkt.

f. Rindfleisch

zu verkaufen

Lauchstädter Str. Nr. 8.

Göhlitzsch.

Sonntag den 31. Dezember Sylvester-Ball (Christbaumabtanzen), dazu ladet freundlich ein **Chr. Brenner.**

Wüsteneusch.

Zum Sylvester-Berggülden Sonntag den 31. Dezember ladet freundlich ein **Freyer, Gastwirth.**

Schützenhaus.

Sonabend von 8 Uhr und Sonntag von 11 Uhr ab **Wurstausscheln.**

Kötzchen.

Zum Sylvesterball Sonntag den 31. d. M. ladet freundlich ein **W. Wolf.**

Café-Haus Meuschen.

Sonntag den 31. Dezember, **Sylvester,** von nachmittags 3 Uhr ab, **Tanzmusik.**

Restaurant zum Kronprinzen.

Heute Abend von 6 1/2 Uhr an Salzknochen. **f. Hallesches Actienbier ff.** Dazu ladet ergebenst ein **Franz Jandus.**

Bierdruckapparate-Umänderungen

nach neuester v. Hüllicher Verordnung fertigt schnell und billigt unter Garantie der behördlichen Annahme

Herm. Graeger Nachf., Zuh. Aug. Hoske,
Specialfabrik für Bierdruckapparate.

Geisstrasse 55. Halle a/S. gegenüber d. Alerapothefe.
PS. Da in Halle die Verordnung schon durchgeführt ist, steht mir darin eine reiche Erfahrung und außerdem ein Urtheil der Wohlthät. Polizeiverwaltung über den Nützlichkeitsbefund der von mir umgeänderten Apparate zur Seite.

Gratulationskarten

in modernster Ausführung zu billigsten Preisen empfiehlt!

F. Karius, Brühl 17.

Gratulationskarten in grosser Auswahl

empfiehlt

Paul W. Volkmann,

Schulbuch- und Papierhandlung, Buchbinderei, Burgstrasse 6. gegr. vor 1720.

Für Bandwurmleiden!

Jeden Bandwurm entferne in 1-2 Stunden radical mit dem **Stoph**, ohne Anwendung von Conio, Granatwurzelin und Saucala. Das Verfahren ist für jeden menschlichen Körper sehr gesund, sowie leicht anzuwenden, sogar bei Kindern von 1 Jahr, ohne jede Vor- oder Sauerkeit, vollständig schmerzlos und ohne mindeste Gefahr, für den wirklichen Erfolg letzte Garantie, auch wenn vorher anderwärts viele vergebliche Kuren gemacht wurden. Streng reelles Verfahren. Briefl. Anfragen, nicht Postkarte, mit Retourmarke an: **C. W. Wästen, Frankfurt a/M., d. Wägenstrasse 11.** Die meisten Menschen leiden, ohne daß sie es wissen, an diesem Uebel und werden dieselben größtentheils als hart-arme und Bleichsüchtige behandelt. Kennzeichen sind: **Müdigkeit und Unbehagen oder Kräftearme und Bleichsüchtigkeit, blasse Dinge um die Nieren, Blässe des Gesichts, matter Blick, fernwärtiger Glanz, blasse Wangen, Abmagerung, Kopfweh, Uebelkeit, sogar Ohnmachten bei nächstem Ansehen oder nach gewissen Speisen, Aufsteigen eines Kräusel bis zum Halse, Schwellen, Magenklare, Verschleimung, Kopfschmerz, Schwindel, unregelmäßiger Stuhlgang, Altersjahren, wellenartige Bewegungen und langsame Schmerzen in den Becken, belegte Zunge, Geruchlossein.**

Roßschlächtere von R. Ebeling, Saalftr. 13.
Heute frisch geschlachtet. 5 Jahre alt. Keine Haare. ff. Schlachtwurst.

Reichskrone.

Neujahrstag 1894

Montag den 1. Januar, abends 8 Uhr,
grosses Concert,
angeführt von der hiesigen Stadtkapelle.
Nach dem Concert findet **Ball** statt.
Entrée 30 Pf. **Zul. Arnabholz,**
Stadtmusikdirector.

Der Gesangverein „Humor“

hält Sonntag den 31. Dezember im **Wagarten** seinen **Sylvester-Ball** mit **Christbaumverloosung** ab, wozu freundlichst einladet **der Vorstand.**

Maurergezellen-Gesangverein
hält Sonntag den 31. Dezember, von abends 7 Uhr ab, in den Räumen des **Cassio** seinen

Sylvesterball

ab. Freunde und Gönner werden hierdurch eingeladen. **Der Vorstand.**

Gesang-Verein „Zris“

hält Sonntag den 31. Dezember 1893, abends 7 1/2 Uhr, in den Räumen der **Kaiser Wilhelm-Halle** seinen

Sylvester-Ball

nebst **Christbaum-Verloosung** ab. **Der Vorstand.**

Schwendler's Restaurant.

Aal in Gelée, selbst eingekocht, und **ger. Aal**, frische Sendung.

Löpitze.

Sonntag den 31. Dezember ladet zur **Tanzmusik** freundlich ein **R. Augustin.**

Zum alten Dessauer.

Gehirn und fr. Rappfüße, ff. Zanderhase und **Büfelfamm.**

Fr. Hüttenrauch.

Badel's Restaurant.

Heute **Sonnabend Salzknochen.**

Gutmann's Restaurant.

Heute **Abend Salzknochen.**

ff. Bier ff.

Zu **Ostern** kann ein **Belehrling** bei mir in die **Lehre** treten.

C. Lechte, Wäfermeister,

große Ritterstraße 14.

Zum Waschen und Scheuern nicht eine **schäftigung** **Neumarkt 44, 1 Trepp.**

Lebige Anechte, Pferdebesitzer, od. d. Wädhchen auf's Land, mit gut. **Werkzeugen**, erhalten zu **jetzt** und **Neujahr** **kostenlos** gute **Stellen**. **Wald**. **Bildung** erwünscht.

Markranstädt, Albertstr. 4. 2. Tr.

2-3 Lehrlinge

werden für **Vorzugswürden** und **Wohlfahrt** gesucht. Nur solche wollen sich melden, die zum **Lehnen** etwas **Talent** besitzen. **Adress** kann sofort erfolgen.

Eine Aufwartung

für den **Vormittag** gesucht. **Mülers** **Götterbäckerei** **45.**

Einen Lehrling

sucht **Osten** **Herm. Müller, Wäfermeister,** **Neumarkt 78.**

Ein **Dienerknecht** von **auserhalb** zur **Unterstützung** der **Hausfrau** zum **sofortigen** **Adress** **Markt 15.**

Ein **kräftiger** **Bursche** von **15 bis 17 Jahren**, der die **Stallschweizer** erlernen will, kann **sofort** **adress** an **Rittergüt** **Wegwitz 6, Merseburg.**

Klossner, Oberchweizer.

Allen **lieben** **Freunden** und **Bekanntem** bei **meinem** **Wegzuge** von **hier** nach **Gräfenhainchen** ein **herzlich** **Gebewohl.**

Seidenfaden, Lehrer emer.

Ein Shawlthng gefunden.

Abzugeben **Hündorf Nr. 9.**
Gesamt **braun**, **Glacéhandschuh** **verloren**, **Gesäßlich** **abzugeben**

Zeichstraße 5, 1 Trepp.

1 **goldener** **Franking** **ist** **gefunden** **werden**. **Abzugeben** **Kanzelstraße 3.**

Verloren ein **Reis**, **enthalten** **Schutt**, **Dorbe** **u. Bänder**, **gegen** **Belohnung** **abzugeben** **Unteraltensburg 63.**

Hierzu eine **Beilage.**

Deutschland.

(Die „Kreuztg.“) ist entrüstet darüber, daß die offizielle „N. A. Z.“ die Fiktion aufrecht erhält, daß zwischen ihr („Kreuztg.“) und der konservativen Partei ein tief greifender Unterschied zu machen sei; im übrigen sucht sie die Thatsache zu verschleiern, daß die Kreuztg.- oder Thoot-Konservativen „Angriffe gegen die Autorität der Krone“ gerichtet hätten. Darüber braucht man wirklich kein Wort zu verlieren. Es ist die bekannte Taktik des Blattes, die Thoot-Konservativen und die Herren vom Bunde der Landwirthe als die unschuldig angegriffenen darzustellen. — Auch Herr v. Blöb, Döllingen, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, sucht in einer Zuschrift an die „Kreuztg.“ die Worte, die er am 16. d. in Sietlin in der Kreisversammlung des Bundes gesprochen hatte, abzuschwächen. Er habe nicht, wie die „Dfse-Ztg.“ berichtet, gesagt: „es sei eine Schwach für die Regierung, sich auf Freikünige, Sozialdemokraten und Polen stützen zu müssen“, sondern: „es wäre eine Schwach sein, wenn die Regierung auf die Dauer sich auf eine Majorität stützen würde, welche aus Sozialdemokraten, Freikünigen, Polen u. s. w. zusammengesetzt wäre; bei der Handelsvertragsfrage wäre das traurige die Zusammenfügung dieser Majorität gewesen.“ Dem Sinne nach liegt in der verbesserten Fassung kein Unterschied. Herr v. Blöb will ferner nicht gesagt haben, „die Antwort der Konservativen werde die Regierung bei den Marineforderungen erhalten.“ Er habe von den Konservativen überhaupt nicht gesprochen. Aber das, was Herr v. Blöb jetzt als seine wirkliche Äußerung mittheilt, stimmt mit dem Bericht der „Dfse-Ztg.“ vollständig überein. Herr v. Blöb hat nach seiner eigenen Erklärung gesagt: „Die Vertreter der ländlichen Bezirke haben die Militärvorlage durchgebracht — die Handelsverträge bilden den Dank dafür; die gekürzten Kosten für Armee und Marine kann auf die Dauer das Land nicht tragen, wenn die Landwirtschaft immer mehr geschwächt wird. Bei den Marineforderungen werden wir nochmal ein ernstes Wort mit dem Herrn Reichskanzler sprechen.“ — „Wir“ — das sind aber doch die Konservativen, von denen „überhaupt nicht gesprochen zu haben“ Herr v. Blöb versichert. Weiterhin verhöhnt der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe den Reichskanzler. Wenn die Ablehnung des Handelsvertrags mit Rußland seitens des Reichstags der Würde des Reichs nicht entsprechen würde, wie Graf Caprivi im Reichstage gesagt hat, so gebe es nur eine sehr einfache Lösung: „Der Vertrag wird dem Reichstage überhaupt nicht vorgelegt.“ Also die Reichsregierung verhandelt Jahre lang über einen Handelsvertrag mit Rußland; sie kommt schließlich auch zu einer Verständigung mit der russischen Regierung; der Vertrag wird in aller Form unterzeichnet und dann aus purer Angst vor den Herren vom Bunde der Landwirthe schliefelnd bei Seite gelegt! Und „die Würde des Reichs“ ist gerettet! Man sieht, die Herren von Blöb u. Gen. sind kampflustiger als je — und wir freuen uns dessen.

Volkswirtschaftliches.

(Auf Grund des Jahresberichts des statistischen Bureaus für die Rübenerzeugung in Preußen von L. D. Vög in Rönneburg konstatirt die „N. A. Ztg.“, daß die Preisverhältnisse für die Zuckerinteressenten sich im Betriebsjahre 1892/93 günstiger gestaltet haben, als im Vorjahre. Es liegt also kein zwingender Grund vor, die durch das Zuckersteuergesetz von 1891 festgestellte allmähliche Beschränkung der Zufuhre bei der Ausfuhr von Zucker zu gestatten. Die Zuckerzölle sind rückgängig zu machen. Bis Ende November ist das Betriebsergebnis der preussischen Staatsbahnen (im Vergleich zum Vorjahre) um 30,8 Millionen Mk. gestiegen,

wovon 29,6 Mill. die Einnahme aus dem Personen- und dem Güterverkehr fallen. Im November hat die Mehreinnahme 803 622 Mk. betragen, da dem Mehr aus dem Güterverkehr von 1 054 964 Mark ein Mehriger aus dem Personenverkehr von 246 342 Mk. gegenübersteht.

(Für die Einfuhr Spaniens nach Deutschland treten wegen der noch nicht erfolgten Ratifikation des neuen Vertrages mit dem 1. Januar, wie dem „Hamb. Corresp.“ offiziell geschrieben wird, die höheren Sätze des allgemeinen Zolltarifs in Kraft, während die spanische Regierung für die deutsche Einfuhr auch über den 1. Januar die Behandlung auf dem Fuße der weisbegünstigten Nation gewähren will. Man hat vermutet, daß die Reichsregierung die Verlängerung des provisorischen Abkommens beim Reichstage nicht beantragt hat, um die Genehmigung des deutsch-spanischen Vertrages in den Cories zu beschleunigen. Der Abbruch der handelspolitischen Beziehungen zu Spanien wird indessen nicht nur der spanischen, sondern auch der deutschen Zukunft schaden. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß dem Reichstage, der am 9. Januar wieder zusammentritt, eine Verlängerung des handelspolitischen Provisoriums vorgeschlagen wird.

(Unter Vorst. des Bringen Franz von Arenberg hat sich in Berlin am 21. Dezember das Deutsche Central-Comitee für die Antwerpener Weltausstellung von 1894 constituir. Zum Vorsitzenden wurde Brin von Arenberg, zu stellvertretenden Vorsitzenden: Reichsrath und Commerzienrath Hasler, Augsburg, Generalconsul Goldberger, Berlin, Commerzienrath Lang, Mannheim, Generalconsul Wenger, Stuttgart, gewählt. Zu Delegirten in das Central-Comitee: Geheimrer Commerzienrath Michels, Köln, Geheimrer Commerzienrath Thieme, Leipzig, Generalconsul de Bary, Antwerpen. In den geschäftsführenden Ausschuss wurden gewählt: Freiherr v. Hase, Hamburg (Hauptburg), Commerzienrath Lübeck, Berlin, Commerzienrath Ney, Berlin (Leipzig (Blagow), Geheimrer Bauath Schneider, Hargburg. Zum geschäftsführenden Delegirten wurde Herr Carl Roman, Charlottenburg-Berlin ernannt, und sind an denselben alle auf die Ausstellung bezüglichen geschäftlichen Anfragen, Mittheilungen sowie Anmeldungen u. s. w. zu richten.

Provinz und Umgegend.

-i Halle, 28. Dezember. Bei der heute im Börsensale unter lebhafter Theilnahme vorgenommenen Ergänzungswahl zur Handelskammer im 1. Wahlbezirk (Stadt Halle, Kreis Merseburg und Saalfeld) wurden die Herren Kaufmann Paul Hofmeister-Halle, Malzfabrikant Bruno Reinde-Halle und Stadtrath Hugo Eichhorn-Merseburg wieder und Herr Director Georg Gehring-Böllberg neu gewählt. — Erfurt, 22. Dez. Innerhalb der im nächsten Jahre hiersehb. stattfindenden Gewerbe- und Industrie-Ausstellung werden mehrere sehr bedeutende Sonderausstellungen veranstaltet werden. Außer der programmmäßig beschlossenen Ausstellung von Kunstwerken und Kunsthandwerk, der Ausstellung von Frauenarbeiten und Erzeugnissen des Hausflusses, sowie der bereits gemeldeten Kunst- und Gemälde-Ausstellung, ist nunmehr auch noch die Veranstaltung einer großen landwirtschaftlichen Ausstellung in Verbindung mit einer Zierthier fest vereinbart, und eine von sämmtlichen größeren Sportclubs Deutschlands in Scene zu setzende Ausstellung von Racehunden in sichere Aussicht gestellt worden. Die Ausstellungsgelände ist somit demüthigt, ihr Unternehmen so vielseitig und interessant wie möglich zu gestalten, um den Ausstellern den Vortheil eines außergewöhnlich starken Zuzuges von kaufkräftigen Publikum zu sichern. Namentlich die Hunde-Ausstellung wird auf die Sportisten ganz Deutschlands eine große Anziehungskraft ausüben. Dieselbe wurde in München innerhalb 4 Tagen von 35 000 Personen besucht.

+ Roswein, 27. Dez. Von der Zuverlässigkeit mancher Diensthoten giebt nachfolgender, in einer heftigen Familie vorgekommener Unglücksfall Zeugnis. Das kleine, noch nicht einjährige Kind war der Obhut dieser Person anvertraut, aber als die Familie heimgekehrt, fand sie das Kind mit gebrochenen Beinchen und eingedrückt Brustkasten vor, so daß es bald darauf verstarb. Das Mädchen ist bis jetzt noch nicht zu bewegen gewesen, den wahren Sachverhalt zu erzählen.

+ Bursfelde, 27. Dez. Einen ebenso trauen Güter ihres jüngsten Kindes, wie die Familie in Roswein (s. unter Roswein) tief eine in dem benachbarten Oberelsden wohnende Frauenterson zurüd, als sie auswärts zu thun hatte; das Kind wurde von dem 12-jährigen Bruder beaufsichtigt.

Weil diesem die Mutter zu lange ausblieb und das Kind sich nicht ruhig verhielt, so nahm der ungebürlich gewordene Junge das kleine und setzte es auf die heiße Ofenplatte; auf das Geschrei des Kindes kamen Nachbarn herbei und nahmen sich des schwer verbrannten Kindes an.

+ Altenburg, 27. Dez. Wegen Verdachtes, zu der Ermordung des Gutsbesizers Lehmann in irgend einer näheren Beziehung zu stehen, ist in Plagwitz die Ex. Wilh. Stoops geb. Höder verhaftet worden.

+ Zerbst, 26. Dez. Wir nehmen von einer Notiz des „Anh. Tgbl.“ Kenntnis, wonach die Nachricht, daß die Leiche des unglücklichen jungen Mannes, welcher seit mehreren Tagen aus Barch verschwunden ist, in der Elbe bei Buchau aufgefunden sei, sich als irrig erweisen habe; der junge Mann sei bisher weder todt, noch lebend aufgefunden, es fehle jede Spur von ihm.

+ Zerbst, 27. Dez. Ein blutiges Weibnachtsfest haben sich nach der E-Ztg. mehrere Soldaten in der Kaserne des hier garnisonirenden Infanterie-Bataillons bereitet. Ein Soldat wollte seinen Kameraden mit einem kumpfen Brotmesser necken, und dabei schlug er ihm die Schlagader am Halse durch. Der Betroffene lag in demselben Augenblicke sein Stiegenrohr und nach seinen Angreifern in die Brust. Darauf entsand ein allgemeines Handgemenge, wobei noch ein dritter Soldat nicht unerheblich verwundet wurde. Merkwürdig ist, daß ein in der Stube anwesender Unteroffizier das blutige Ende des Streites nicht verhindern konnte.

+ Gisleben, 28. Dez. In der letzten vom 20. bis 26. Dez. reichender Woche konnte bei den Mansfelder Seen ein Steigen beobachtet werden, und zwar beim Süssen See um 4 mm, beim Salzigem See um 32 mm, welche sich auf die einzelnen Tage mit 4 oder 5 mm vertheilen. Die Abnahme der Wasser auf Schacht Dito III. betrug 6 m.

+ Aus dem Herzogthum Anhalt. In der Absicht, den weiblichen Handarbeits-Unterricht nughbringender zu gestalten, die Lust am Schaffen mehr zu erwecken und damit auch das Familienwohl wieder fester zu begründen, ist in Götzen (Anhalt) im April 1893 ein Handarbeits- und Haushaltungskursus mit staatlicher Genehmigung gegründet worden. Derselbe wird von einflussreichen Seiten unterstützt, ist von einer tüchtigen Vorberklerin — Fel. W. Aroeff, — welche auch etwaige Anmelddungen entgegennimmt, geleitet und mit einem Pensionat zu mäßigen Preisen verbunden. Der Lehrplan des Instituts umfaßt Hand- und Maschinenarbeiten, Nähgeschäften, Kleidermachen, Putzmachen, Plätten, Unterrichts in anderen gewerblichen und hausgewerblichen Fächern, Unterweisungen der Pensionärinnen im Haushalt und Vorbereitung junger Mädchen zu Industriehelferinnen. Ausführlische Prospekte finden gern zur Verfügung. Eine Anzahl mit solcher Aufgabe erscheint und zeitgemäß und verdient volle Beachtung.

+ Einem Brande im Eisenbahnzuge fielen am vor. Freitag Abend mehrere Pferde zum Opfer. In dem Abend 11 Uhr 19 Min. von Götza nach G. Eisenach abgelassenen gemischten Zuge befand sich ein mit drei werthvollen Pferden und deren Begleiter besetzter Güterwagen. Bei der Station Rüdteritz-Sättelshöhe wurde ein Pferd unruhig: bei dem Versuche des Transporteurs, das Thier zu beruhigen, rief es gegen die inmitten des Wagens an der Decke angebrachte Petroleumlampe, so daß diese herabfiel, explorirte und das im Wagen zur Streu benutzte Stroh im Augenblicke in Brand setzte. Da beide Wagenführer zum Zwecke der Ventilation nur theilweise geschlossen waren, konnte die Zugluft ungehindert eindringen und machte die Flammen mit aller Kraft an. Der Wärter unterließ es in der Beschüzung, die Nothleine des Zuges zum Alarmsignal zu ziehen, und so blieb ihm nichts anderes übrig, als ein Pferd aus dem Wagen springen zu lassen und selbst nachzupringen. Der Wagen mit den beiden andern Pferden brannte lichterloh weiter, und auch der anstoßende Postwagen war sehr gefährdet; nur der Umstand, daß der Zug mittlerweile auf der Station Butza eingetroffen war, und daß hier hinreichende Hilfe zur Verfügung stand, verhinderte weiteren Schaden. Nachdem der ausgebrannte Wagen abgehängt war, setzte der Zug die Fahrt nach Eisenach fort. Der später aufgefunden Transporteur hatte durch den Sprung aus dem Wagen und das Feuer erhebliche Verletzungen davongetragen. Das aus dem Wagen gesprungene Pferd mußte wegen seiner Wunden todgeschossen werden. Von den beiden Pferden fanden sich nur noch einige Knochen und die Hufe vor. Die Pferde repräsentirten einen Werth von 9000 Mk., gehörten einem Offizier eines sächsischen Kavallerie-Regiments und waren auf dem Transport nach einer reichs-ländischen Garnison.

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgerstr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pfg. durch den Herumträger,
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 256.

Sonntag den 30. Dezember.

1893.

Der bevorstehende Quartalswechsel

giebt uns wiederum Veranlassung, diejenigen Leser des

Merseburger Correspondenten, welche das Blatt durch die Post beziehen, an die rechtzeitige Erneuerung ihrer Bestellung höflichst zu erinnern. Eine unliebsame Unterbrechung in der Zuführung des Blattes ist nur dann zu vermeiden, wenn die kaiserliche Post umgehend benachrichtigt und der Quartalsbetrag in Höhe von 1 Mk. 25 Pf. (ohne Bestellgeld) bei derselben oder den Postboten eingezahlt wird. Allen übrigen geehrten Abonnenten liefern wir den Correspondenten durch die Herumträger oder unsere Ausgabestellen auch ohne besondere Bestellung zu den bekannten Preisen von 1 Mk. und 1 Mk. 20 Pf. weiter, falls eine Aenderung nicht ausdrücklich gewünscht wird. Zu recht zahlreicher Theilnahme laden wir hiermit ergebenst ein und bemerken, daß sämtliche kaiserl. Postanstalten und Postboten, sowie unsere Austräger und Abholstellen zur Entgegennahme neuer Bestellungen gern bereit sind. Hochachtungsvoll

Expedition und Redaction.

Landwirtschaftskammern.

Die vor zwei Jahren durch den Landwirtschaftlichen Centralverein der Provinz Sachsen angeregte Bildung von Landwirtschaftskammern an Stelle des bisherigen landwirtschaftlichen Vereinswesens ist in ein neues Stadium eingetreten. Der sächsische Antrag lief auf eine Zwangsorganisation hinaus, der alle Landwirthe des Bezirks, für welchen die Kammer eingerichtet ist, angehören sollen und der auch das Befugnis enthält, in einem gesetzlich festzustellenden Umfange eingetragene werden soll. Der Antrag ist schon in einer von dem Landesökonomie-Collegium im Jahre 1891 gebildeten Commission wesentlich abgeändert worden und das Landesökonomie-Collegium hat in der Session von 1892 die obligatorische Bildung von Landwirtschaftskammern abgelehnt; dagegen mit 18 gegen 8 Stimmen folgenden Beschluß gefaßt: „Es ist bringend wünschenswert, daß im Wege der Gesetzgebung die Möglichkeit eröffnet werde, den landwirtschaftlichen Centralvereinen auf ihren Antrag eine Organisation und Zuständigkeit, ähnlich derjenigen der Handelskammern zu verleihen.“ Darwäre wären also die bestehenden landwirtschaftlichen Vereine in der Lage, selbst darüber zu entscheiden, ob sie eine schablonenmäßige, bureaukratische Organisation an die Stelle der letzten freiwilligen Vereinsbildung treten lassen wollen oder nicht. In den Gegenden, welche auf Veranlassung des landwirtschaftlichen Ministers errichtet worden sind, haben von den 16 preussischen Centralvereinen nur sehr wenige den Vorschlag des sächsischen Centralvereins bekräftigt und auch von diesen waren erhebliche Vorbehalte gemacht. Die Centralvereinsammlung des ostpreussischen Centralvereins lehnte den sächsischen Antrag einstimmig ab. Von den Kreis- und Zweigvereinen des Centralvereins für Litauen und Rußland nahm nur ein einziger eine ablehnende Haltung ein. Auch der Centralverein westpreussischer Landwirthe sprach sich durchweg gegen den Antrag aus. Im ostpreussischen Centralverein erklärte Justizrath Reich-Meyen: „Ich fürchte, wir legen die Art an unsern guten, schonen Centralvereinen. Wir geben etwas Gutes ab und empfangen wahrenschinlich etwas, das schlechter ist. Mindestens halte



...nehmen und niemand kann behaupten, daß sie wirklich die Landwirtschaft vertreten. Eine organisierte landwirtschaftliche Interessensvertretung muß alle landwirtschaftlichen Kreise umfassen und namentlich eine Reinerziehung der Interessen des Groß- und Kleingrundbesitzes (1) herbeiführen. Erst wenn diese Organisation hergestellt sein wird, kann an eine weitere Ausbildung des Agrarrechts gedacht werden. Die Aufgaben derselben können jetzt noch nicht spezifiziert werden; u. a. wird die Regelung der landwirtschaftlichen Kreditverhältnisse, des Real- sowohl wie des Personalrechts eine der wesentlichsten Aufgaben des Agrarrechts sein.“ Die Regierung will also dem Landtage demnächst einen Gesetzentwurf wegen zwangswieser Bildung von Landwirtschaftskammern an Stelle des bisherigen Vereinswesens vorlegen — trotz des ablehnenden Beschlusses des Landesökonomie-Collegiums, welches, nach der Organisation von 1878 aus Delegirten der landwirtschaftlichen Centralvereine bestehend, als Beirat des landwirtschaftlichen Ministers fungieren soll. Wenn es sich nur darum handelte, dem Bund der Landwirthe den Boden abzugraben — die Landwirthe werden schwerlich Neigung haben, neben den Beiträgen zu den Ausgaben der Landwirtschaftskammern in Höhe von 5 Prozent der Grundsteuer den gleichen Beitrag an den Bund der Landwirthe, im Ganzen also 10 Prozent der Grundsteuer für die „Kammern“ Beiträgen über Interessen zu zahlen — so wäre der Vorschlag dieuabel. Aber die erste Wirkung der neuen Zwangsorganisationen, die die staatliche Anerkennung durch Unterwerfung unter die Kontrolle der Regierung erlangen müssen, wird die Vernichtung des auf der Grundlage der Freiwilligkeit beruhenden, blühenden Vereinswesens sein.

Der Bericht der Börsenquotecommision.

Die „Kreuzzeitung“ drohte in ihrer Fernnummer dem Reichsanzeiger damit, daß die Haltung gewisser Kreise in allem, was Börsentage angeht — eine Haltung, die nachgerade das „tiefe Misstrauen“ zu verfestigern beginne, welches sich leider aller Kreise des Volkes bemächtigt hat — im Reichstage gründlich erörtert werde, „damit die Bevölkerung weiß, woran sie ist und wo die „Wäter aller Hindernisse“ stecken.“ An-

...schloß wurde diese Drohung an die Thatsache, daß der Bericht der Commission für die Börsenquoten nach offizieller Angabe schon seit Wochen in den Händen der Regierung sich befindet, bisher aber noch nicht veröffentlicht sei, obgleich die Commission des Reichstags für das Börsenquotengesetz, welche am 1. Januar ihre Arbeiten beginnen soll, die Mitteilung des Berichts bringen gewünscht habe. Inzwischen veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ am Donnerstag Abend den vollständigen Bericht der Commission, der nicht weniger als acht Druckbogen umfaßt. Die sehr umfangreichen Vorschläge der Commission betreffen 1) die rechtliche Stellung und Organisation der Börse; 2) das Commissionswesen und die Zulassung von Papieren zum Handel und zur Notiz; 3) den Terminhandel; 4) Maklerwesen und Kurserstellung und 5) Commissionsgeschäfte. Bisher nicht bekannt ist der Beschluß der Commission, eine Reihe von Strafbestimmungen gegen das Börsenspiel zu beantragen. Die erste derselben bedroht mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark denjenigen, „wer in erwinnlicher Absicht unter Benutzung des Reichsanzeigers oder der Uebersetzung eines Andern denselben in Bezug auf Börsenpapiere zum Abschluß von Geschäften, welche nicht zum Gewerbebetriebe desselben gehören, verleitet, obwohl er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß der Umfang der Geschäfte die wirtschaftliche Existenz des Betheiligten gefährdet.“ Wird die Verleitung gewohnheitsmäßig betrieben, so tritt Gefängnis nicht unter einem Monat und Geldstrafe bis zu 20 000 Mark ein. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Ein entgegen obiger Bestimmung abgeschlossenes Geschäft begründet keine Ansprüche. Das auf Grund des Geschäfte-Gesetzes kann binnen zwei Jahren zurückgefordert werden. Ferner wird vorgeschlagen: „Gegen Differenzanträge aus Zeitgeschäften über Börsenpapiere sowie aus börsenmäßigen Termingeschäften über Waaren kann ein Einwand nicht darauf gegründet werden, daß die Erfüllung durch Lieferung der Papiere oder Waaren von den Vertragschließenden ausgeschlossen worden sei.“ Endlich erschien ein der Mehrheit der Commission zweifelhaft, daß seitens der Landespolizeibehörden den Staatsanwälten besonders eingeschärft werde, behufs Befolgung des Differenzhandels bei nachfolgender Zahlungseinstellung den Concursfällen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und für die Erlangung der Kenntnis von Fällen wirtschaftlichen Ruins infolge von Differenzhandel thätlich Sorge zu tragen u. s. w.

Politische Uebersicht.

In der österreichischen Kaiserfamilie scheinen neuerdings recht unliebsame Zwischenfälle sich ereignet zu haben. Wie man der „Köln. Zig.“ aus Pest schreibt, erhält sich bezüglich der letzten gemeldeten Selbstverwundung des Erzherzogs Otto in der Bevölkerung mit wachsender Bestimmtheit das Gerücht, daß der Prinz einen Selbstmord versucht habe. Die lange Reise, die der faune wieder beregestellte Erzherzog nach Aegypten unternehmen soll, gilt als zeitweilige Verbannung. Es sei ein offenes Geheimniß, daß die Czarentrinitäten des zweiten Sohnes des Erzherzogs Karl Ludwig seinen kaiserlichen Oheim aufs peinlichste berührt und zu strenger Abtönung veranlaßt haben. Man spricht von sehr drastischen Familienesen in Folge der auch im Reichsrahe einmal zur Erwähnung gelangten Aufführung des Prinzen. Nur mit großer Mühe ist dessen Gattin, eine sächsische Prinzessin, von der beschimpfenden Steibung zurückgehalten worden. Sie hat sich dann sehr eng an die Kronprinzessin-Witwe Erzherzogin Stephanie angeschlossen. Bezüglich letzterer will man wissen, daß ihre von Kaiser Franz Joseph gewünschte Wiederverheirathung mit dem ältesten Sohne des Erzherzogs Karl Ludwig, dem von seiner Weltreise vor kurzem heimgekehrten, mythologischen Chronofolger, nun doch